

Solidarität EXTRA

● Gibt es Alternativen zur Industriegesellschaft? ● Brauchen wir überhaupt mehr Strom? ● Können nicht Einsparungen zu demselben Effekt führen? ● Können wir auf saubere und billige Energie verzichten? ● Wie viele Arbeitsplätze sichert Hainburg?

Warum Hainburg?

Überall in der Welt muß man sich die Frage stellen: Wie wird es mit unserem Lebensstandard weitergehen? Werden wir unser soziales Netz verteidigen können? Wie sichern wir unseren Energiebedarf? Wie werden wir eine knapp werdende Arbeit verteilen? Was können wir gegen die Umweltgefährdung unternehmen, gegen sterbende Wälder, verschmutzte Flüsse und ungesunde Atemluft?

Die Sicherung unserer Energieversorgung und damit die Frage, welche Energie wir in Österreich erzeugen und nutzen, ist ein wichtiges Problem.

Darüber steht jedoch die Frage, welchen Weg wir in der Wirtschafts- und der Umweltpolitik einschlagen wollen. Das betrifft nicht nur Betriebsräte und Personalvertreter und alle jene, die im ÖGB und in den Gewerkschaften Verantwortung tragen, sondern alle Gewerkschaftsmitglieder, alle Arbeitnehmer.

Nach den Tagen der Besetzung der Stopfenreuther Au bei Hainburg wurde vom Bundeskanzler der Weihnachtsfriede ausgerufen und zugleich der Wunsch ausgesprochen, alle Beteiligten sollten die Pause zum Nachdenken nützen. Verschiedene rechtliche Prüfungsverfahren schufen zusätzlich Zeit. Zeit, um noch einmal alle Aspekte ruhig und leidenschaftslos zu überdenken und einen Weg zu finden, der alle befriedigt, vielleicht mehr noch: Der zu einem österreichischen Modell führt, das für Konfliktlösungen genauso vorbildlich sein kann wie für die Planung unserer Zukunft.

In diesem großen Zusammenhang wollen wir das Problem des Kraftwerks bei Hainburg sehen. Und es muß jedem von uns klar sein – so schmerzlich das auch klingt –, daß, wenn wir der Lösung eines Problems Vorrang einräumen, anderswo ein Nachrang entstehen muß.

Aber wir wollen nicht in den Fehler verfallen, nun sofort wieder von Bäumen zu reden. Daher versucht diese „Solidarität-Extra“ das Problem von allen Seiten anzugehen: Von der Seite der wirtschaftlichen Überlegungen – davon hängen unser Lebensstan-

dard und die Arbeitsplätze von morgen ab –, von der Seite des Umweltschutzes, von der Seite des Energieverbrauchs. Wir haben uns ehrlich bemüht, eine Auflistung der wichtigsten Fragen vorzunehmen und darauf zukunftsweisende Antworten zu finden.

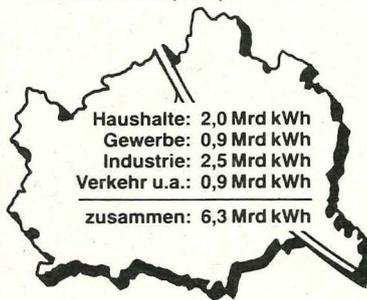
Das erfolgt übrigens nicht erst jetzt, sondern geschieht innerhalb des ÖGB seit vielen Jahren. Nur war es außerordentlich schwer, in den dramatischen – und wohl auch hysterischen – Tagen des Dezembers, vernünftige zu argumentieren. Mitten in einer Atmosphäre der Hysterie und der Leidenschaft, in der von verschiedenen Medien nicht objektiv berichtet wurde, blieben vernünftige Fragen und sachliche Antworten ungehört.

Also nehmen wir einen neuen Anlauf. Leisten wir Denkarbeit für die Zukunft. Ein Kraftwerk bei Hainburg ist nur ein Mosaiksteinchen, allerdings ein wichtiges. Wie wir das Problem lö-

Zum Vergleich: Alternativen der Stromerzeugung

Der Jahresstrombedarf der Stadt Wien könnte gedeckt werden durch:

Elektrizitätsbedarf
der Stadt Wien (1982):



15 Kohlekraftwerke

oder



10 Heizölkraftwerke

oder



9 Gaskraftwerke

oder



3 Donaukraftwerke wie Altenwörth (oder Hainburg)

oder



1 1/4 Kernkraftwerke



Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

Der jährliche Strombedarf einer Großstadt wie Wien kann durch 15 Kohlekraftwerke oder 10 Heizölkraftwerke oder 9 Gaskraftwerke oder 3 Donaukraftwerke oder 1 1/4 Kernkraftwerke gedeckt werden. Was ist umweltfreundlicher?

sen, das ist ein Prüfstein dafür, ob sich saubere Umwelt und zukunftssichere Arbeitsplätze verbinden lassen.

In Zusammenhang mit Hainburg fiel nicht zum erstenmal der Begriff des „Nullwachstums“. Ist das denkbar?

Unser gesamter Lebensstandard, aber auch unser dichtes soziales Netz beruht auf einer funktionierenden, wachsenden Wirtschaft. Das Wirtschaftswachstum der nächsten Jahre wird ohnehin nicht mehr jene Dynamik erreichen wie in den sechziger und siebziger Jahren. Eher besteht, wie die große Wirtschaftskrise gezeigt hat, zeitweise die Gefahr eines erzwungenen Null-Wachstums. Es künstlich herbeizuführen, lehnen wir entschieden ab, weil man ganz klar sehen muß, was das bedeuten würde: Jene, die derzeit wenig haben, würden davon sogar noch etwas verlieren, und jene, die mehr oder viel haben, brauchen kaum auf ihren hohen Lebensstandard zu verzichten. Das würde zu scharfen Konflikten führen.

War das ein Grund, warum viele Arbeitnehmer so erbittert über die Au-Besetzer waren?

Da gibt es eine Generation, die für den Wiederaufbau Österreichs sehr große Opfer gebracht hat. Und plötzlich sagt man dieser Generation, das ganze sei ohnehin sehr zweifelhaft oder überhaupt falsch gewesen. Und plötzlich schleudert man dieser Generation, die auf so vieles verzichten mußte, das Wort „Konsumverzicht“ ins Gesicht – auch von Vertretern einer „Schickeria“.

die Wasser predigen und Wein trinken. Ist es da verwunderlich, daß Arbeitnehmer böse reagieren und fragen: Wissen die denn überhaupt, wovon sie reden?

Was muß in Zukunft geschehen?

Wenn man verlangt, daß umweltbelastende Produktionen sofort eingestellt werden sollen, muß es jedem klar sein, daß ein Rückzug vom Markt und eine Umstellung auf neue Produkte nicht über Nacht geschehen kann, ohne zusätzliche Arbeitslosigkeit hervorzurufen. Die Entwicklung eines neuen Produkts mit Forschung, Markterhebung usw. bis zur Serienreife, dauert Jahre. Und der Erfolg ist damit natürlich nicht garantiert.

Das heißt auch hier: Erstellung einer Wertordnung bis hinein in die Produktion. Vernünftige Planung, die auf den Menschen und seine Umwelt Rücksicht nehmen muß, ist ebenso notwendig wie persönliche Unterstützung durch unser Verbraucherverhalten.

Wer finanziert Umweltmaßnahmen?

Wir alle werden uns daran gewöhnen müssen, daß reine Luft und sauberes Wasser und ein gesunder Wald nicht kostenlos sind. Jeder von uns wird hier seinen finanziellen Beitrag leisten müssen. Und das muß es uns wert sein, unseren Nachkommen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Es geht darum, künftige Schäden zu verhindern.

Daneben aber muß man sehen, daß eine umfassende Umweltreparatur sinnvolle Arbeitsplätze schafft. Aber das Geld für diese Investitionen müssen wir in

einer leistungs- und konkurrenzfähigen Wirtschaft erarbeiten.

Aber noch eine Anmerkung muß man machen: Wenn man von Umweltschutz spricht, so vergißt man oft den Arbeitsplatz. Dort, wo wir viele Stunden täglich arbeiten, sind es die Gewerkschaften, die helfen, unsere Arbeitswelt menschengerecht zu gestalten.

Gibt es Alternativen zur Industriegesellschaft?

Wir brauchen eine grundlegende Anpassung der Industriegesellschaft an ökologische Notwendigkeiten. Dabei kann es aber keine Alternativen zur Industriegesellschaft selbst geben. Es kann nur darum gehen, in der Industriegesellschaft von morgen den sorgsamsten Umgang mit dem „Gut Umwelt“ und den natürlichen Ressourcen ebenso selbstverständlich zu gestalten wie den Umgang mit den Faktoren Arbeit und Kapital.

Der Ausstieg aus der Industriegesellschaft, wie es von verschiedenen alternativen Gruppen und Teilen der Grünen vertreten wird, kann für verantwortliche Gewerkschafter kein Programm sein.

Wer ein qualitatives Wachstum, wie es der ÖGB fordert, ablehnt, verabschiedet sich von der Politik der Beschäftigungssicherung und geht über die Lebensinteressen Hunderttausender Arbeitnehmer und ihrer Familien hinweg.

Wer qualitatives Wachstum ablehnt und eine rückläufige Wirtschaft in Kauf nimmt, übersieht, daß dies für die Arbeitnehmer mit Realeinkommensverlusten und tiefen Einschnitten bei Sozialleistungen verbunden ist, was sie in eine neue Armut führen würde.

Wer die internationale Arbeitsteilung, die Großindustrie und die moderne Technologie ablehnt, zerstört die Grundlage unserer Volkswirtschaft und verbaut die vorhandenen Möglichkeiten zur gemeinsamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Umweltkrise.

Brauchen wir mehr Energie?

Wie sieht die Energiesituation in Österreich wirklich aus? Die einen sagen, wir haben genug Energie, die anderen sagen das Gegenteil.

Bei diesen Debatten werden meist die Begriffe vermischt. In Österreich wird Energie hauptsächlich aus Erdöl, Erdgas, Kohle und Wasserkraft erzeugt. Von der Gesamtmenge an Energie, die in Österreich 1984 verbraucht wurde, mußten rund 70 Prozent aus dem Ausland eingeführt werden. Das allein zeigt: Wir sind in einem sehr hohen Ausmaß importabhängig, und diese Abhängigkeit droht weiter anzusteigen, was bei Versorgungsengpässen, die international verursacht werden, zu bedenklichen Folgen führen kann. Diese importierte Energie müssen wir teuer bezahlen.

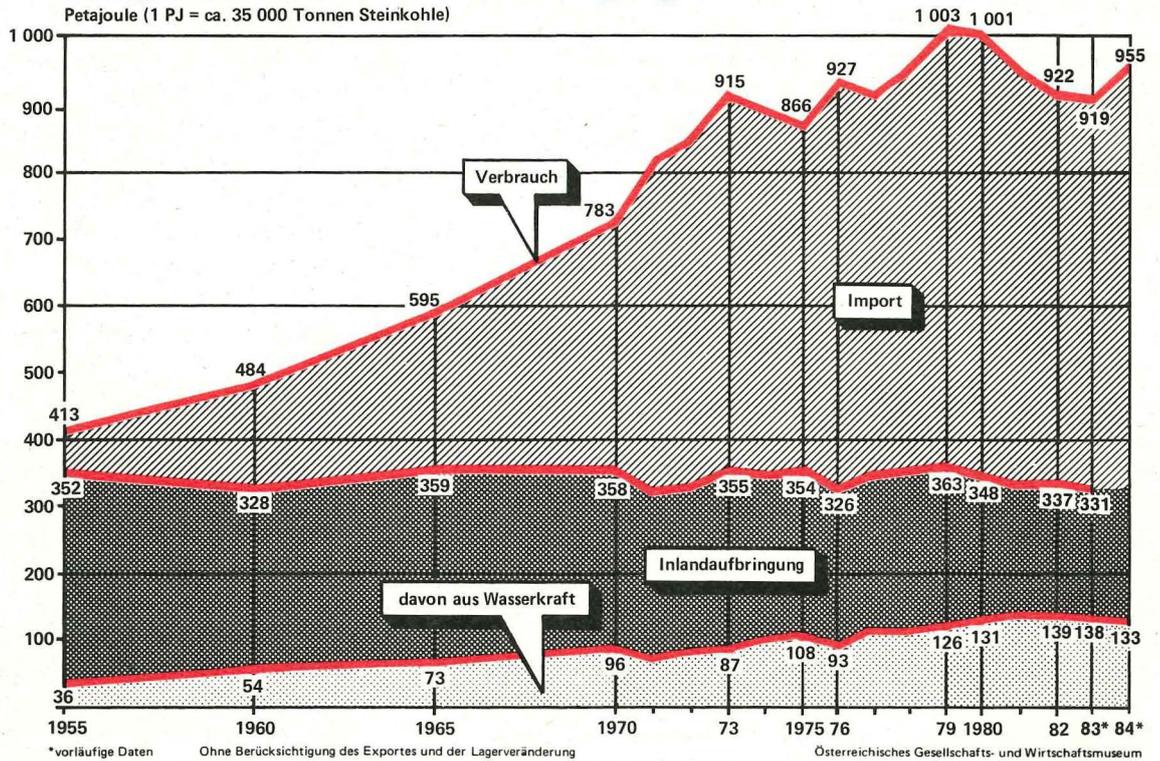
Wir Österreicher zahlen Energieimporte für jährlich rund 60 Milliarden Schilling. An vorderster Stelle stehen hier Erdöl, Erdgas und Kohle – nicht die umweltfreundlichsten Energieträger.

Energieverbrauch und Inlandaufbringung

B3/838 ©



Petajoule (1 PJ = ca. 35 000 Tonnen Steinkohle)



1955 wurde unser Energieverbrauch fast völlig durch die Inlandaufbringung gedeckt, 1970 nicht einmal mehr zur Hälfte und in den letzten Jahren nur noch zu einem Drittel. Unsere Energieabhängigkeit vom Ausland ist ständig gestiegen. Der weitere Ausbau heimischer Energiequellen wie der umweltfreundlichen Wasserkraft würde diese Entwicklung entschärfen. Vom Gesamtenergieverbrauch mußten 1984 etwa 70 Prozent importiert werden. Die begrenzten heimischen Vorräte von Erdöl, Erdgas und Kohle sind begrenzt und ihre Förderung geht zurück. Importabhängigkeit kann vor allem durch den weiteren Ausbau der Wasserkraft verhindert werden.

Beim gesamten Energieverbrauch ist es Österreich in den letzten zehn Jahren gelungen, deutliche Einsparungen vorzunehmen. Das heißt: Wir brauchen heute kaum mehr als vor zehn Jahren. Das liegt zum Teil sicherlich an den Jahren der wirtschaftlichen Flaute, ist aber auch das Ergebnis von Sparmaßnahmen und besserer Energienutzung. Was unter dem Eindruck des Erdölschocks vor einem Jahrzehnt gebieterisch verlangt wurde, Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch auseinanderzukoppeln, ist tatsächlich gelungen.

**Brauchen wir überhaupt mehr Strom?
Man spricht doch sogar davon, daß wir Strom exportieren?**

Im Gegensatz zum Gesamt-Energieverbrauch ist der Stromverbrauch im letzten Jahrzehnt um ein Drittel gestiegen, allein 1984 um 4,7 Prozent. Und

dieser Stromverbrauch wird weiterhin jährlich um rund drei Prozent wachsen, besonders dann, wenn Österreich den Weg zur sauberen Energie und damit gegen das Waldsterben fortsetzt.

Es ist richtig, daß Österreich im Sommer Strom aus Wasserkraft exportiert, aber das wird in den Wintermonaten fast ausgeglichen. In den letzten Wochen dieses kalten Winters hätte uns ein zusätzliches Flußkraftwerk – auch bei niedriger Wasserführung – die Wiederinbetriebnahme von veralteten, umweltbelastenden Kraftwerken erspart.

Was bedeutet Hainburg für die Stromerzeugung?

Die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft gehört zu den umweltfreundlichsten Methoden der Energiegewinnung.

Der Bau eines Kraftwerkes bei Hainburg würde fünf Prozent unseres Strombedarfes decken.

In vielen technischen und wirtschaftlichen Anwendungsbereichen ist Elektrizität durch nichts zu ersetzen, wie zum Beispiel in einem großen Teil des öffentlichen Verkehrs.

Gerade aber in diesen Bereichen ist ein steigender Strombedarf zu erwarten, wenn wir technisch hochwertige Produktionen ausbauen oder den Schwerverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.

Welche Bedeutung haben die Stromkosten für den internationalen Wettbewerb in der Wirtschaft?

Für die Wettbewerbsfähigkeit ist der Strompreis ganz entscheidend. Es gibt viele Branchen, in denen die Stromkosten beim Endpreis wesentlich zu Buche stehen. Diese Betriebe, aber auch andere Produktionsbetriebe, finden sich auf den internationalen Märkten mit Ländern konfrontiert, die einen großen Teil ihres Energiebedarfes aus Kernkraftwerken decken. Wer international konkurrenzfähig sein will, braucht billige Energie, daher auch billigen Strom.

Endenergieverbrauch nach Abnehmergruppen

Angaben in Prozent

6,5	Land- und Forstwirtschaft
0,2	Energie- und Wasserversorgung
1,2	Bergbau
35,8	Verarb. Industrie und Gewerbe
1,6	Bauwesen
6,8	Handel und Fremdenverkehr
8,8	Gewerblicher Verkehr
5,6	Dienstleistungen
33,5	Privater Konsum
100,0	Summe



Mehr als zwei Drittel des Endenergieverbrauches in Österreich entfallen auf Industrie und Gewerbe, ein Drittel auf den privaten Konsum.

Man kann doch Strom auch anders erzeugen: Warum dann unbedingt Wasserkraft?

Angenommen, wir erzeugen den Strom, den Hainburg erzeugen würde, mit Erdöl. Das würde pro Jahr Einfuhren in der Höhe von 1,7 Milliarden Schilling bedeuten. Ein Flußkraftwerk arbeitet rund achtzig Jahre und verursacht nach dem Bau nur geringe Kosten. Allein in den nächsten fünf Jahren würden wir uns 8,5 Milliarden für Erdölimporte ersparen.

Kann man auch die Umweltschädigungen in Zahlen fassen, die auf der Basis Erdöl oder Kohle entstehen?

Das ist deshalb nicht ganz einfach, weil es bei diesen Verfahren alte, extrem umweltschädigende Anlagen gibt und Anlagen der neueren Generation. Aber es gibt eine Gesamtrechnung, die jene drei Projekte berücksichtigt, die in den letzten Jahren so heftig diskutiert wurden: Zwentendorf, Dorfertal, Hainburg. Wären diese drei in Betrieb und würden veraltete Kraftwerke ersetzen, so würde unserer Luft jene Schadstoffbelastung erspart, die entsteht, wenn eine Million Kraftfahrzeuge unterwegs sind.

Können nicht Einsparungen zu demselben Effekt führen?

Es wird leider verschwiegen, daß ohnehin schon sehr viel eingespart wurde. Auf dem privaten Sektor (Wärmedämmung) genauso wie im industriellen Bereich. Für viele Betriebe war das nach dem Erdölshock sogar eine Überlebensfrage, sie setzten eigene Energiekontrolloren ein.

Dennoch: Natürlich soll weiter gespart werden. Aber auf vielen Gebieten ist das ein Programm für viele Jahrzehnte. Wir können ja nicht auf einmal alle Häuser abreißen und durch besser isolierte ersetzen. Es geht aber auch um das Umsteigen von umweltbelastender auf umweltfreundliche Energie.

Was kann denn Schlimmeres passieren, als wenn ein paar Jahre verlorengelassen?

Auf dem Gebiet der Umweltgefährdung leider sehr viel. Das Waldsterben erfordert Maßnahmen, die möglichst rasch greifen müssen. Hier ist eine Generalof-

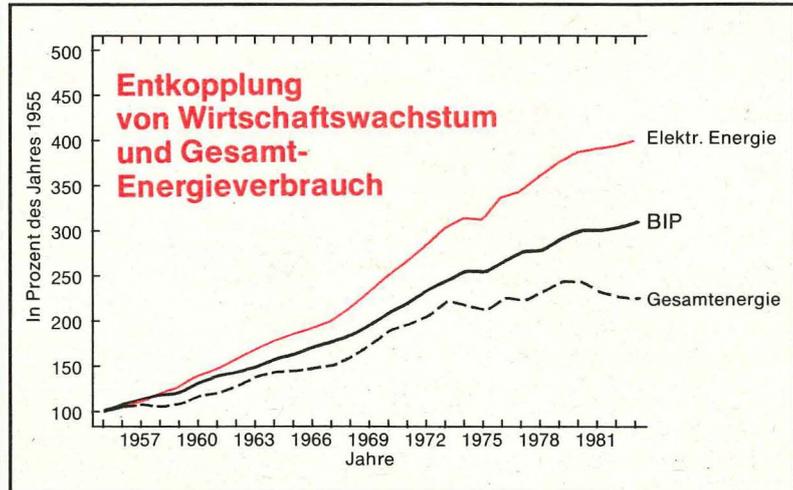
fensive notwendig, und zwar ein ganzes Bündel von Maßnahmen, vom Einbau der Katalysatoren bis zur jährlichen Vergaserkontrolle, von der Saubermachung der Flüsse bis zur Entgiftung der Industrieabgase. Halbe Maßnahmen sind hier zu wenig. Wenn wir umfassend und damit wirksam vorgehen wollen, dann müssen wir auch die alten, umweltverschmutzenden Kraftwerke möglichst bald durch saubere Energieerzeuger ersetzen. Und daß die Wasserkraft saubere Energie liefert, ist wohl unbestritten.

Können wir auf saubere und billige Energie verzichten?

In einer Zeit, in der Arbeitsplätze immer rarer werden, muß ein Land wie Österreich, das vom Export lebt, alles tun, um auf dem Markt zu bleiben und neue Märkte zu erobern. Das ist natürlich eine Kostenfrage.

Denn das muß man sehr klar sehen: Österreich steht Ländern gegenüber, die einen beträchtlichen Teil ihrer Energie aus Kernkraftwerken billig gewinnen. In Europa allein sind derzeit 161 Kernkraftwerke in Betrieb, 116 sind im Bau und weitere 71 sind bestellt. Und in dieser Konkurrenzsituation soll Österreich nicht nur auf die saubere und billige Kernkraft, sondern auch auf die saubere und billige Wasserkraft verzichten?

Wie haben sich die politischen Parteien zum Ausbau der Wasserkraft und zum Kraftwerk Hainburg verhalten?



Seit 1955 ist unser Brutto-Inlandsprodukt (BIP) auf das Dreifache gewachsen, der gesamte Energieverbrauch auf das Zweifache, davon allerdings der Verbrauch elektrischer Energie auf das rund Vierfache. Vor allem seit 1973 gelang die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Gesamtenergieverbrauch, das BIP wuchs seither um 26 Prozent, der gesamte Energieverbrauch stagnierte – jedoch ist ein deutlicher Anstieg des Verbrauches von elektrischer Energie klar erkennbar.

Alle drei im Parlament vertretenen Parteien, also SPÖ, ÖVP und FPÖ, haben Hainburg ausdrücklich zugestimmt und sich für den Ausbau der Wasserkraft ausgesprochen.

Hat sich dazu auch der ÖGB zu Wort gemeldet?

Das prinzipielle Ja zum Ausbau der heimischen Wasserkraft zieht sich durch alle Beschlüsse der ÖGB-Kongresse seit 1945. Als dann die Regierung Klaus 1968 den Gewerkschaften erklärte, man könne diesen Ausbau zurückstellen, weil in Form der Kernenergie eine noch billigere Energiequelle zur Verfügung stehe, haben die Gewerkschaften 1971 erstmals auch ihr Ja zur Kernenergie ausgesprochen. Dennoch wurde – parallel dazu – weiter verlangt, die Wasserkraft zu nützen.

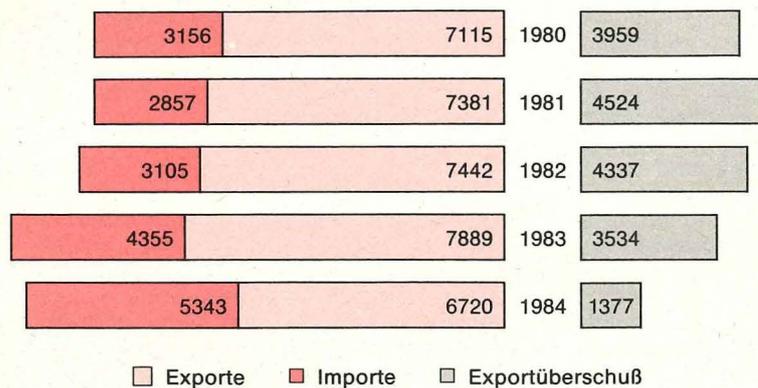
Es gab Jahrzehnte hindurch keine Gegenstimmen zur Wasserkraft. Und dann rückten plötzlich die Bäume der Au in den Mittelpunkt des Interesses?

Das ist richtig. Ganz plötzlich hieß es, Europas letzter unberührter Auwald werde vernichtet. Hier muß man zunächst einmal die Dimension sehen: Es geht um rund fünf Prozent des Auwaldes.

Andere bisher überprüfte mögliche Standorte des Kraftwerkes wie Petronell, Stopfenreuth oder Schwalbeninsel sowie die Naßbauweise würden einen größeren Teil des Auwaldes betreffen.

Strom-Importe und -Exporte

in GWh



Wenn man berücksichtigt, daß für die kalorische Erzeugung von Strom Erdöl, Erdgas oder Kohle importiert werden muß, besteht auch in der Stromerzeugung bereits ein Defizit, das heißt wir importieren mehr als wir exportieren. Weshalb exportieren wir überhaupt Strom?

Durch die im Sommer normalerweise günstige Wasserführung ergeben sich Stromüberschüsse, die vertraglich gegen Lieferungen im Winter, wenn eine niedrige Wasserführung und damit ein geringes Stromaufkommen aus Wasserkraft gegeben ist, abgetauscht werden.

Bei einigen Kraftwerken besteht Miteigentum von deutschen Gesellschaften.

Daraus ergeben sich vertraglich vereinbarte Strombezugsrechte für die Deutschen, die sich im Stromexport niederschlagen.

Das haben jene großen Massenblätter, die die Kampagne gegen Hainburg anführten, ebenso verschwiegen, wie die Tatsache, daß sie selbst natürlich für ihr bedrucktes Papier viel mehr Bäume verbrauchen, als in der Hainburger Au gerodet werden sollten.

In Zusammenhang mit dem Bau von Hainburg wurde stets auch auf den beschäftigungspolitischen Aspekt hingewiesen.

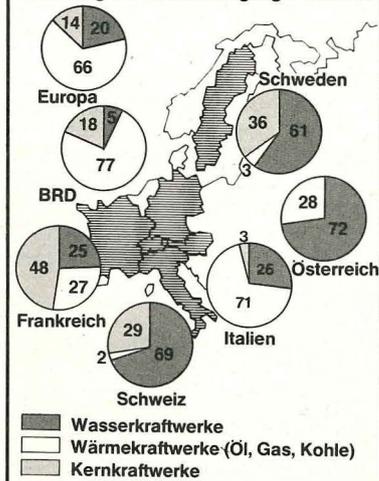
Vorerst: Billiger Strom bedeutet für die Zukunft bessere internationale Konkurrenzfähigkeit.

Von dieser Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft hängen Zehntausende Arbeitsplätze ab.

Und dann gibt es die unmittelbare Auswirkung auf jene, die direkt mit dem Bau beschäftigt sind. Das sind Bauarbeiter – viele von ihnen sind seit dem Abschluß der Bauarbeiten in Greifenstein arbeitslos und man hat ihnen versprochen, sie in Hainburg weiter zu beschäftigen. Das sind die Beschäftigten in allen jenen Betrieben, die zur Errichtung des Kraftwerkes beitragen. Das sind Bau- und Baustoffbetriebe und Firmen aus der Eisen-, Stahl- oder Elektrobranche, dazu kommen noch Maschinenbauunternehmen, die zum Beispiel die Turbinen liefern. Grob gerechnet schätzt man, daß achttausend Menschen zwei bis drei Jahre Arbeit gefunden hätten. Viele Firmen, die aufgrund ihrer

Kraftwerkstypen in Europa

Aufteilung der Stromerzeugung in Prozent



Während andere europäische Länder nur über ein geringes Wasserkraftpotential verfügen und daher auf andere Energieträger setzen, besitzt Österreich die Chance, seine Stromversorgung durch umweltfreundliche Energieträger sicherzustellen.

Qualifikation damit rechnen konnten, Aufträge zu erhalten, haben über lange Zeit Facharbeiter behalten, obwohl ihre wirtschaftliche Lage nicht günstig war.

Man hat von Hainburg auch als Mehrzweckanlage gesprochen. Was bedeutet das?

Hainburg ist nicht nur als Kraftwerk wichtig. Da sich die Donau immer tiefer in ihr Bett gräbt, ist das Augebiet vom Austrocknen bedroht. Bedroht ist

auch das Trinkwasser und die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg. Und nicht zuletzt geht es um die Verbesserung des umweltfreundlichen Schifftransportes auf der Donau. Hainburg dient also mehreren Zwecken und löst Probleme, die man ohnehin in Angriff nehmen muß. All das wird auch bei der wasserrechtlichen Bewilligung durch den Landwirtschaftsminister ausdrücklich festgehalten. Es gibt rigorose Auflagen, denen bisher kein Kraftwerk in Europa unterworfen wurde.

Warum Hainburg?

Diese Frage stand am Anfang unserer Überlegungen. Am Ende steht als Zusammenfassung:

Wir brauchen Wasserkraft als billige Energiequelle.

Wir brauchen Wasserkraft, weil die Frage billiger heimischer Energie über die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft entscheidet und damit über unsere Arbeitsplätze.

Wir brauchen Wasserkraft, um unsere Auslandsabhängigkeit nicht zu vergrößern.

Solidarität

Die Illustrierte des ÖGB

Herausgeber:
Österreichischer Gewerkschaftsbund,
1010 Wien, Hohenstaufengasse 10-12
Medieninhaber:
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Ges. m. b. H., 1232 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154-156
Redaktion:
1010 Wien, Hohenstaufengasse 10-12
Hersteller:
Elbemühl Graphische Industrie
Ges. m. b. H., 1232 Wien, Altmannsdorfer
Straße 154-156
Verlags- und Herstellungsort Wien

Der ÖGB-Kongreß zur Energiefrage

Nicht einige Funktionäre an der Spitze des ÖGB, sondern die Delegierten des 10. Bundeskongresses 1983, überwiegend Betriebsräte und Personalvertreter, haben die Linie des ÖGB zur Energiefrage festgelegt. Diese hält unter anderem fest:

- *Verringerung der Importabhängigkeit durch den Ausbau der Nutzung heimischer Energiequellen.*
- *Vorrangige Bedeutung für den Ausbau der Wasserkräfte.*
- *Unter der Voraussetzung einer optimalen Sicherheit für die Menschen sowie der Lösung der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle sind die Bemühungen fortzusetzen, die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf nach einer neuerlichen Volksabstimmung zu ermöglichen.*
- *Im Rahmen des Planungsprozesses sollte die Verbindung von Energienutzung und Umwelt- und Naturschutz unter Bedachtnahme auf die Umweltverträglichkeit erfolgen.*

Wir brauchen die saubere Energie aus Wasserkraft im Rahmen eines umfassenden Umweltschutzes. Wer gegen das Waldsterben ist, muß für saubere Energie sein.

Wir wollen ein Kraftwerk bei Hainburg, das so umweltschonend wie nur möglich gebaut werden soll. Jedem, der dazu einen konstruktiven Beitrag leistet, gehört unser Dank.

Über Hainburg hinaus aber brauchen wir eine Allianz der Vernunft. Fanatismus wird uns nicht weiterhelfen.

Dem ÖGB geht es nach wie vor um die umweltfreundlichste und billigste Energieerzeugung. Im Interesse einer sauberen Umwelt, im Interesse der Zukunft eines modernen Industriestaates und im Interesse des Rechtes auf Arbeit für alle.

P. b. b. Erscheinungsort Wien
VERLAGSPOSTAMT 1232 WIEN